

den 6. Dezember 1939

WR/JA.

Hochverehrter Herr Bundespräsident,

Darf ich mir gestatten Ihnen in aller Offenheit einige Ueberlegungen zu unterbreiten, die sich für mich aus dem Auftrag, den wir gestern im Namen des Bundesrats hier ausgeführt haben, ergeben?

Wie Sie es zweifellos schon durch das Politische Departement erfahren haben werden, haben wir gestern Abend dem Generalsekretär des Völkerbundes die Stellungnahme unserer obersten Behörde mitgeteilt, in der Form, die uns vorgeschrieben war.

Diese Stellungnahme scheint mir an und für sich durch die allgemeine Lage so durchaus geboten, dass ich von mir aus schon am Montag durch mehrere Besprechungen hier das internationale Milieu darauf vorzubereiten versucht habe. Was aber in mir vaterländische Bedenken erweckt, ist das Procedere, das in dieser Angelegenheit zur Anwendung kam. Der Bundesratsbeschluss wurde uns Wort für Wort auf deutsch übermittelt, mit der Anweisung wir sollten ihn unumgänglich schriftlich dem Generalsekretär und durch ihn dem Völkerbundsrat und dem Präsidenten der Völkerbundsversammlung übermitteln. Diesen Auftrag haben wir auch wörtlich und pünktlich ausgeführt.

Obwohl ich versucht hatte bei der Uebersetzung ins Französische den imperativen und fast drohenden Ton der Mitteilung für die Empfindlichkeit der Vertreter anderer Staaten etwas annehmbarer zu gestalten, so konnte es mir doch bei der wörtlichen Durchführung dieses Auftrages nur zum Teil gelingen.

Wie es nicht anders zu erwarten war, hat sich der Generalsekretär, der unsere nationale Lage sehr wohl begreift und aufrichtig bemüht ist uns in unseren Schwierigkeiten behülflich zu sein, ziemlich heftig über den Wortlaut unserer Mitteilung ausgedrückt. Dass der Bundesrat dem Völkerbund in einigen kurzen Worten vorschreiben sollte, was er zu tun und zu lassen habe,

Herrn Bundespräsident Ph. Etter,
Bundeshaus,
Bern.



- 2 -

WR/Ph.E. 6.12.1939

mit der beinahe ultimativen Formulierung, dass er sich ihm gegenüber, im Falle einer Zuwiderhandlung dieser Vorschriften, seine volle Handlungsfreiheit vorbehalte, konnte den Generalsekretär und wird auch die Vertreter aller auswärtigen Staaten, an die er die Mitteilung Übermitteln wird, nur vor den Kopf stossen.

Um keinerlei Missverständnis über meine Ansicht aufkommen zu lassen, wiederhole ich ausdrücklich, dass die Stellungnahme des Bundesrates an und für sich mir nicht nur begreiflich, sondern auch durch die Umstände als geboten erscheint. Was mir in der Angelegenheit als unnötigerweise schroff und fast herausfordernd vorgekommen ist, sind die paar Sätze, die uns wörtlich und fast wie zwischen Anführungszeichen vorgeschrieben wurden, mit dem Auftrag sie sofort dem Generalsekretär mitzuteilen. Ich bin völlig überzeugt, dass das erwünschte Resultat nicht nur ebensowohl, sondern sogar viel erfolgreicher hätte erreicht werden können, wenn wir etwas anders vorgegangen wären. Man hätte, scheint es mir, entweder in einem längeren und etwas ausführlicher gehaltenem Schreiben des Politischen Departements die Mitteilung machen oder uns hier auftragen können, den Beschluss des Bundesrats gewiss gleich fortiter in re, aber etwas mehr suaviter in modo mitzuteilen.

Sie werden mir wohl glauben, hochverehrter Herr Bundespräsident, wenn ich Sie versichere, dass es nur eine wirklich dringende vaterländische Pflicht ist, die es mir vorschreibt Ihnen diese Bedenken ganz klar und offen vorzulegen. Ich bin mir der Schwierigkeit, ja sogar der Gefährlichkeit der gegenwärtigen Lage voll und ganz bewusst. Auch halte ich es für unumgänglich notwendig, es unter allen Umständen zu vermeiden, uns durch die Zulassung einer heftigen Debatte, an der z.B. der polnische Redner sich hier über das Los seines Vaterlandes öffentlich beschweren würde, einem Druck von Berlin auszusetzen. Unsere Lage wird aber gewiss dadurch nicht erleichtert, dass wir unnötigerweise das Wohlwollen der hiesigen Kreise, und, was viel wichtiger ist, dasjenige von Paris und London, beeinträchtigen.

Die Angelegenheit scheint mir so wichtig, besonders in der äusserst zu bedauernden Abwesenheit von Herrn Bundesrat Motta, der natürlich wie kein Zweiter in der Lage wäre den Kontakt zwischen Bern und Genf ständig aufrecht zu erhalten, dass ich es mir zur Pflicht gemacht habe Sie darüber völlig aufzuklären.

Wir sind hier, Herr Minister Gorgé und ich, selbstverständlich in fortwährender telephonischer Verbindung mit Herrn Minister Bonna. Sollten Sie es aber für notwendig halten mit mir

- 3 -

WR/Ph.E. 6.12.1939

telephonisch und auch persönlich Rücksprache zu nehmen, so würde ich es dankbar begrüßen.

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner höchsten Verehrung.

Ihr ganz ergebener,